



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

2012/2099(INI)

31.7.2012

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie

für den Ausschuss für regionale Entwicklung

zur Rolle der EU-Kohäsionspolitik und ihrer Akteure bei der Umsetzung der
neuen europäischen Energiepolitik
(2012/2099(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Ioan Enciu

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie ersucht den federführenden Ausschuss für regionale Entwicklung, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt den allgemeinen Ansatz zur Verknüpfung der Kohäsionspolitik mit den Zielen der Strategie „Europa 2020“ und ihren Leitinitiativen für ein intelligentes, tragfähiges und integratives Wachstum sowie zur Förderung des Wandels hin zu einer kohlenstoffarmen, energieeffizienten Wirtschaft in allen Branchen; weist auf die Bedeutung der Strukturfonds und des Kohäsionsfonds für die Erreichung dieser kurz- und langfristigen Ziele gemäß dem im Vertrag von Lissabon festgeschriebenen Geist der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten sowie für die Bekämpfung der Energiearmut in den weniger weit entwickelten Regionen der EU sowie den am stärksten benachteiligten Haushalten hin;
2. vertritt die Auffassung, dass sowohl das kohäsionspolitische Ziel der territorialen Zusammenarbeit in der EU als auch makroregionale Strategien die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit bei länderübergreifenden Vorhaben verbessern können, um effiziente und intelligente Verbindungen zwischen lokalen und regionalen Energiequellen und großen Energienetzen herzustellen; hebt daher die Notwendigkeit einer wirksamen regionalen Zusammenarbeit bei der Festlegung von Vorrangigkeiten in der regionalen Infrastruktur und der Verwirklichung von Projekten von gemeinsamem Interesse hervor; betont, dass die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und Regionen auf nationaler und europäischer Ebene dazu beiträgt, Energieinseln anzubinden, den Energiebinnenmarkt zu vollenden und Energieinfrastrukturvorhaben zu verwirklichen; fordert die Kommission auf, ein auf den Erfahrungen aus dem Partnerschaftsprogramm aufbauendes EU-weites Kooperationsprogramm einzurichten, um die Zusammenarbeit zwischen Regionen mit hoher Absorption einerseits und Regionen mit geringen Absorptionsraten von EU-Mitteln andererseits zu verbessern und die Verbreitung von Informationen über bewährte Praktiken zu erleichtern;
3. betont, dass Bürokratie und fehlende Transparenz der Abläufe den Zugang zu dem Kohäsionsfonds und den Strukturfonds erschweren und gerade die Akteure von einem Antrag abschrecken, die solche Mittel am nötigsten haben; unterstützt daher die Vereinfachung von Bestimmungen und Verfahren, die Aufhebung bürokratischer Hürden und eine erhöhte Flexibilität bei der Bewilligung dieser Mittel sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene; ist überzeugt, dass eine Vereinfachung zu einer effizienten Verwendung der Mittel, höheren Absorptionsraten, weniger Fehlern und kürzeren Zahlungsfristen beitragen und es den ärmsten Mitgliedstaaten und Regionen ermöglichen wird, die Finanzierungsinstrumente in vollem Umfang nutzen zu können, die die Unterschiede zwischen den Regionen und Staaten verringern sollen; ist der Ansicht, dass ein Ausgleich zwischen der Vereinfachung und der Stabilität der Regeln und Verfahren gefunden werden muss;
4. hebt die Notwendigkeit hervor, die Zersplitterung des EU-Energiemarkts durch Beseitigung der Barrieren und Engpässe in den rechtlichen Regelwerken und im System für den Zugang zu öffentlichen und privaten Mitteln für die Ausarbeitung und

Verwirklichung von Projekten aufzuheben;

5. betont die Notwendigkeit, zwischen den kohäsionspolitischen Zielen, die zu der Strategie „Europa 2020“ beitragen, und allgemeineren energiepolitischen Zielen der EU, die auch die Länder betreffen, die die Kriterien der Kohäsionsförderung erfüllen, zu unterscheiden; unterstreicht, dass der Kohäsionsfonds nur dann als zusätzliche Quelle zur Finanzierung von Energieprojekten genutzt werden kann, wenn ein Projekt zu den Zielen der Kohäsionspolitik beiträgt;
6. begrüßt die Einführung der Europäischen Innovationspartnerschaft „Intelligente Städte und Gemeinden“ und fordert die einschlägigen, an den Planungsverfahren für eine nachhaltige Stadtentwicklung beteiligten Partner auf, die Initiativen JESSICA (Joint European Support for Sustainable Investment in City Areas – Gemeinsame europäische Unterstützung für nachhaltige Investitionen in Stadtgebiete) und ELENA (European Local ENergy Assistance – Europäische Energiehilfe auf lokaler Ebene) für Investitionen in nachhaltige Energie auf lokaler Ebene stärker zu fördern und ihr Potenzial voll auszuschöpfen, um Städte und Regionen dabei zu unterstützen, tragfähige Investitionsvorhaben in den Bereichen Energieeffizienz, Erzeugung von Energie durch saubere Verbrennung und aus erneuerbaren Quellen und nachhaltiger Stadtverkehr zu beginnen;
7. unterstreicht die Bedeutung der Kohäsionspolitik und der hierfür bereitgestellten Finanzmittel für die umfassende Entwicklung der Infrastruktur und Netze (insbesondere in Bezug auf intelligente Netze und Verteilung) für die Energiespeicherung und -verteilung zwischen den Mitgliedstaaten und allen Regionen der EU, einschließlich der Regionen in äußerster Randlage, für die Vollendung und das reibungslose Funktionieren des Energiebinnenmarktes, für die Bereitstellung einer erschwinglichen, sicheren und nachhaltigen Energieversorgung sowie für die Erreichung des Konvergenzziels in den EU-Regionen, wobei die besonderen Bedürfnisse der europäischen Bürgerinnen und Bürger in jedem Mitgliedstaat zu berücksichtigen sind; betont, dass nach 2015 keine Region der Mitgliedstaaten von den Gas- und Elektrizitätsnetzen der Europäischen Union mehr isoliert oder nicht angemessen an die Energienetze angeschlossen sein sollte;
8. merkt an, dass der Einsatz der Strukturfonds und des Kohäsionsfonds für Programme, die Projekte zur Energieeffizienz und zu den erneuerbaren Energien finanzieren, bisher erfolgreich gewesen ist und zum Erreichen der Ziele der EU-Politik beigetragen hat;
9. hält es für äußerst wichtig, die Strukturfonds, den Kohäsionsfonds und die anderen Finanzmittel und Hebelinstrumente zur Finanzierung der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien insbesondere im Wohnungsbau einsetzen zu können; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten daher auf, innovative Finanzierungsmechanismen einzuführen und die Verwendung der oben genannten Mittel für die Finanzierung von Projekten im Zusammenhang mit Energieeffizienzdienstleistungen in Gebäuden, die Energieerzeugung und den Energietransport auf lokaler und regionaler Ebene durch die Schaffung von Anreizen und Gewährung von Zuschüssen und Krediten zu erleichtern; und fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten zur Verbreitung klarer, leicht zugänglicher Informationen zu den verfügbaren Finanzinstrumenten, Anreizen, Zuschüssen und Krediten auf, die zur

Förderung von Projekten im Zusammenhang mit Energieeffizienzdienstleistungen zur Verfügung stehen; betont außerdem, dass zur Verbesserung der Energieeffizienz neuer oder bestehender Wohnhäuser und zur Verbreitung der Nutzung erneuerbarer Energien die im Rahmen der Strukturfonds geplanten Maßnahmen auch in den regionalen operativen Programmen der Mitgliedsstaaten erscheinen sollten, mit dem Ziel, dass die abschließenden Entscheidungen auf Regionalebene getroffen werden;

10. betont, wie wichtig es ist, die Dimensionen der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz in die Forschungs- und Innovationsstrategien zur intelligenten Spezialisierung zu integrieren, die die Mitgliedstaaten und Regionen entwerfen müssen, um Zugang zur Innovationsförderung der zukünftigen Kohäsionspolitik zu erhalten; weist darauf hin, dass regionale und lokale Gebietskörperschaften und Interessengruppen im Energiebereich bei der Umsetzung der am dringendsten benötigten Innovationen eine Schlüsselrolle spielen müssen, wenn die EU ihre Ziele im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz erreichen soll;
11. hebt hervor, dass die Kohäsionspolitik und die ihr zugewiesenen Mittel ausgehend von den Grundsätzen der Proportionalität, der Kosteneffizienz und der Rechenschaftspflicht effizienter zugeteilt werden sollten; unterstützt deshalb den Einsatz von Finanzierungsinstrumenten als Hebel für private Investitionen, insbesondere im Hinblick auf große Projekte in den Bereichen Energieinfrastruktur, Energieeffizienz und erneuerbare Energien;
12. betont, wie wichtig es ist, die Verteilung der Kohäsionsförderung für Energieprojekte regelmäßig zu überprüfen, um die Absorptionsrate zu erhöhen und die Mittel in Programme zu leiten, bei denen Absorption, Wertsteigerung und Wirksamkeit erwiesen sind;
13. unterstreicht, wie groß der Nutzen ist, wenn die Strukturfonds und der Kohäsionsfonds für die Implementierung von Informations- und Kommunikationsnetzwerken eingesetzt werden, die für die Entwicklung eines intelligenten EU-Energiernetzes erforderlich sind, das sicher und belastungsfähig ist;
14. teilt die Meinung der Kommission zu Anreizen für und Steigerung der Verwendung der Finanzierungsmittel im Rahmen der Kohäsionspolitik unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Finanzknappheit und der finanziellen Bedürfnisse der EU zur Vervollständigung der Strategie „Europa 2020“; ist der Auffassung, dass Finanzierungsinstrumente eine effiziente und effektive Unterstützung für Investitionen in Projekte mit potenzieller wirtschaftlicher Tragfähigkeit darstellen und eine Hebelwirkung erzielen, indem sie zusätzliche öffentliche oder private Koinvestitionen mobilisieren, um Marktmängel im Energiebereich zu beheben, während sie Marktverzerrungen minimieren; ist überzeugt, dass Finanzierungsinstrumente auf die spezifischen Bedürfnisse der Regionen und Empfänger gezielt zugeschnitten werden sollten, um so den Zugang zu Finanzmitteln zum Nutzen einer großen Anzahl sozioökonomischer Akteure vor Ort erheblich zu verbessern;
15. betont, wie wichtig es ist, die Verwaltungskapazitäten in den Mitgliedstaaten, auf regionaler und lokaler Ebene sowie unter den Interessengruppen, ohne administrativen Mehraufwand zu erhöhen, um die Finanzierung in vollem Umfang und effizient nutzen zu

können, die im Rahmen der Kohäsionspolitik Energieprojekten zugeteilt wird (u. a. in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien), um Hindernisse für effektive Synergien zwischen den Strukturfonds und anderen Fonds zu überwinden und die effektive Gestaltung und Umsetzung der Politik zu unterstützen; fordert die Mitgliedstaaten zu weiteren Anstrengungen auf, um qualifizierte Bedienstete zur Verwaltung von EU-Mitteln anzuziehen und zu halten;

16. begrüßt den neuen Vorschlag zur Infrastrukturfazilität „Connecting Europe“ als einem zusätzlichen und ergänzenden Mittel der Kohäsionspolitik, um den umfangreichen Bedarf an Investitionen zur Modernisierung und Erweiterung der Energieinfrastruktur Europas anzugehen, womit zu den Zielen der Strategie „Europa 2020“ beigetragen wird; fordert die Kommission nachdrücklich dazu auf, die Koordination zwischen dem Kohäsionsfonds und den Strukturfonds auf der einen Seite und der Infrastrukturfazilität „Connecting Europe“ auf der anderen Seite zu maximieren.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	5.11.2012
Ergebnis der Schlussabstimmung	+ : 43 - : 1 0 : 2
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Gabriele Albertini, Josefa Andrés Barea, Jean-Pierre Audy, Ivo Belet, Jan Březina, Giles Chichester, Jürgen Creutzmann, Pilar del Castillo Vera, Christian Ehler, Vicky Ford, Adam Gierek, Fiona Hall, Jacky Hénin, Kent Johansson, Romana Jordan, Krišjānis Kariņš, Béla Kovács, Angelika Niebler, Jaroslav Paška, Aldo Patriciello, Vittorio Prodi, Miloslav Ransdorf, Herbert Reul, Michèle Rivasi, Amalia Sartori, Salvador Sedó i Alabart, Francisco Sosa Wagner, Britta Thomsen, Evžen Tošenovský, Catherine Trautmann, Claude Turmes, Marita Ulvskog, Adina-Ioana Vălean, Alejo Vidal-Quadras
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Yves Cochet, Ioan Enciu, Roger Helmer, Jolanta Emilia Hibner, Gunnar Hökmark, Yannick Jadot, Werner Langen, Zofija Mazej Kukovič, Franck Proust, Silvia-Adriana Țicău
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	Phil Bennion, Christian Engström